

GRÜNES

Oktober
Nr. 4/2022



DIE ZEITUNG DER
GRÜNEN KANTON ZÜRICH

BLATT



MACHT VORWÄRTS

INHALT

KANTON ZÜRICH	2
ABSTIMMUNGEN	6
AUS DER REGION	6
GRÜNE STADT ZÜRICH	8
GRÜNE WINTERTHUR	10
JUNGE GRÜNE	11
AGENDA	12

Redaktion und Verlag

GRÜNE Kanton Zürich
Ackerstrasse 44, 8005 Zürich
044 440 75 50
www.gruene-zh.ch
sekretariat@gruene-zh.ch
IBAN CH09 0900 0000 8002 6744 4

Liebe Grüne

In vier Monaten sind Wahlen im Kanton Zürich. Zeit sich anzuschauen, was wir in den vergangenen dreieinhalb Jahren erreicht haben. Und das darf sich sehen lassen: Wir haben vier Volksabstimmungen gewonnen, bei denen die GRÜNEN federführend waren: Die Änderung des Strassengesetzes, das Energiegesetz, der Klimaschutzartikel und der Gegenvorschlag zur Kreislauf-Initiative. Zwei dieser Vorlagen (Strassengesetz, Klimaschutzartikel) gingen auf Vorstösse aus der GRÜNEN-Fraktion im Kantonsrat zurück. Das Energiegesetz hat unser Regierungsrat Martin Neukom vorgelegt und die Kreislauf-Initiative stammt von den Jungen Grünen.

Unsere Klima- und Umweltpolitik ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Das gibt einen Motivationsschub für den kantonalen Wahlkampf! Klar ist aber auch: Diese Erfolge sind erste Etappenziele. In Sachen Klimaschutz und Biodiversität muss der Kanton Zürich schneller und entschiedener handeln.

Besonders beim Verkehr muss deutlich mehr gemacht werden, um den motorisierten Individualverkehr zu verringern und den Veloverkehr zu stärken. Vom Flugverkehr ganz zu schweigen.

Die sogenannte Klimaallianz im Kantonsrat hält zudem nur bei ökologischen Anliegen zusammen. Soziale Anliegen haben es nach wie vor schwer im bürgerlichen Kanton Zürich. Wir GRÜNE fordern eine konsequente Klimapolitik, die alle mitnimmt und nicht auf Kosten der Schwächeren geht. Wir streben eine offene und barrierefreie Gesellschaft an, an der alle unabhängig ihrer Herkunft oder anderer Eigenschaften teilhaben können.

Für diese Ziele kämpfen wir GRÜNE weiterhin, und ich freue mich auf einen engagierten Wahlkampf, damit es nach dem 12. Februar 2023 erst recht heisst: Grün macht vorwärts!

■ Selma L'Orange Seigo, Co-Präsidentin
GRÜNE Kanton Zürich

LIEBE LESERINNEN

Fast 90 Prozent haben am 25. September 2022 JA zur Kreislauf-Initiative gesagt. Es ist ohne Zweifel ein weiterer Höhepunkt in der Endphase dieser laufenden Legislatur, in der wir GRÜNE so einiges bewegen konnten. In dieser Ausgabe blicken unser Fraktionspräsident Thomas Forrer und unser Regierungsrat Martin Neukom gemeinsam auf die Grünen Erfolge im Kanton Zürich seit den Wahlen 2019 (Seite 4 & 5).

Sowohl in der Stadt als auch im Kanton Zürich haben die GRÜNE in diesem Amtsjahr das Parlamentspräsidium inne. Im gemeinsamen Interview verraten Matthias Probst und Esther Guyer, was sie am Alltag auf dem «Bock» besonders schätzen und inwieweit sie als höchste Zürcher:innen dem Parlamentsbetrieb ihren Stempel aufdrücken können (Seite 3).

Zudem gibt es auch in dieser Ausgabe wieder Spannendes von den GRÜNE-Sektionen vor Ort.

Ich wünsche eine anregende Lektüre!

■ Steven Goldbach, Geschäftsführer GRÜNE Kanton Zürich
> publikation@gruene-zh.ch

IMPRESSUM

grünes blatt – Zeitung der Grünen Kanton Zürich, Ackerstr. 44, 8005 Zürich. Erscheint 4x jährlich. Auflage: 3'300 Ex. Redaktion & Layout: Steven Goldbach. Korrektorat: Beat Hess. An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Selma L'Orange Seigo, Balthasar Glättli, Matthias Probst, Esther Guyer, Martin Neukom, Thomas Forrer, Jasmin Pokerschnig, Wilma Willi, Catrina Angele, Thomas Feer, Tara Welschinger, Martin Busekros, Balz Bürgisser, Sybille Kauer, Ralf Hablützel, Anna-Béatrice Schmaltz, Anna Simona Rieder, Steven Goldbach; Bildnachweise: S. 4: Baudirektion Kanton Zürich; S. 6: andriano_cz/iStock; S. 8: Andrea Merten/pixabay; S. 10: couleur/pixabay; S. 11: John Jason/wikimedia. Druck: Ropress. Diese Zeitung ist CO₂-neutral und auf FSC-Papier gedruckt: FSC C010121.

**EIN GREEN NEW DEAL FÜR
UMWELT- UND KLIMASCHUTZ**

Die Klimafonds-Initiative von GRÜNEN und SP will, dass der Klimaschutz und der Schutz der Biodiversität mit massiven Investitionen vorangetrieben werden. Neben der Förderung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien soll auch die Ausbildung der Fachkräfte unterstützt werden, die für die ökologische Wende notwendig sind.



Der brutale Angriffskrieg von Putin zeigt es uns so deutlich wie nur möglich: die Abhängigkeit von fossiler Energie ist gefährlich. Gefährlich fürs Klima. Gefährlich, weil wir mit Milliarden autoritäre Herrscher und Regimes stützen. Und gefährlich auch, weil wir unsere Versorgungssicherheit untergraben und uns abhängig und erpressbar machen.

Investitionsoffensive starten

Die Klimafonds-Initiative reagiert darauf mit einer Investitionsoffensive der öffentlichen Hand. Sie sieht vor, dass wir jedes Jahr zwischen 0,5 und 1 Prozent des Bruttoinlandproduktes in den ökologischen Umbau der Schweiz investieren. Das sind bis zu 7 Milliarden Franken jährlich. Was auf den ersten Blick nach viel Geld tönt, ist bloss gleich viel, wie die Bürgerlichen neu Jahr für Jahr für die Armee ausgeben wollen.

Endlich umsetzen statt abwarten

Die Lösungen sind da. Was heute fehlt, ist ihre Umsetzung. Es braucht die öffentliche Hand, damit wir schnell die nötige Veränderung erzielen. Das

Geld aus dem Klimafonds stärkt die Energie-Effizienz und fördert das Energiesparen. Mehr Solarpanels. Raschere und sozial verträgliche Gebäudesanierungen. Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Stärkung der Biodiversität und der Artenvielfalt. Aus- und Weiterbildung der nötigen Fachkräfte für den Jahrhundertumbau. Mit all diesen Investitionen können und dürfen wir nicht zuwarten.

Wenn es uns gelingt, die nötigen Unterschriften rasch zu sammeln, so zeigen wir damit: es eilt mit dem Klimaschutz. Hilf mit!

■ Balthasar Glättli, Präsident GRÜNE Schweiz

**KLIMAFONDS-INITIATIVE
JETZT MITMACHEN!**

Jetzt unterschreiben und mit-sammeln. Danke für deine Unterstützung!



GRÜN AUF DEM «BOCK»

ZÜRCHER RATSPRÄSIDIEN

Seit Mai 2022 werden die Parlamente des Kantons und der Stadt Zürich von den GRÜNEN präsiert. Ein Gespräch mit der Kantonsratspräsidentin Esther Guyer und Matthias Probst, Präsident des Zürcher Gemeinderates, über ihre neue Rolle als «höchste Zürcher:innen».

Was war deine persönliche Motivation, für das Ratspräsidium zu kandidieren?

M: Ich fand es spannend, den Rat mal von einer anderen Seite zu sehen und suchte eine politische Herausforderung. Sitzungen zu leiten finde ich viel inspirierender als einfach teilzunehmen. Aber hauptsächlich wollte ich ein grosses Fest organisieren.

E: Es gab eigentlich keine Motivation, sondern eine Gelegenheit – wie immer in der Politik. Überraschenderweise bot sich diese Möglichkeit nach den letzten Wahlen. Wir hatten viele Neue in der Fraktion, daher kamen gar nicht viele Personen für das Präsidium in Frage und ich habe die Gelegenheit gepackt.

Wie kann man als Präsident:in eigentlich Einfluss nehmen, die Ratssitzungen folgen ja einem strengen Protokoll?

E: Was traktandiert wird, wird in der Geschäftsleitung vorbesprochen. Dann gibt es auch während der Sitzungen Überraschungen, Ratsmitglieder können intervenieren. Darum ist die Sitzungsleitung anspruchsvoll. Man muss die Verfahren gut kennen und richtig durchziehen können.

M: Ich bestimme die Traktandenliste, das ist sicherlich ein grosser Einfluss. Während den Sitzungen führe ich die Redeliste. Ausserdem leite ich die Geschäftsleitung, das ist das Gremium, welches sich um die organisatorischen Fragen des Gemeinderates kümmert. Ab und an kann ich an Anlässen durch Reden Akzente setzen.

Was war bis jetzt dein Höhepunkt während des Amtsjahrs?

M: Der war definitiv ganz am Anfang, als ich den ganzen Rat, den Stadtrat und zahlreiche Gäste zu einem Fest in

meinem Wohnquartier einladen durfte. Über 1'000 Leute, bunt durchmischt mit allen möglichen Hintergründen aus dem Quartier und der städtischen Politik trafen aufeinander und haben gemeinsam gefeiert. Das hat mir sehr gut gefallen. So sollte Politik sein. Nahbar und verbunden.

E: Festen! (lacht) Es ist schön, dass man nach der Covid-Zeit wieder festen kann. Wir hatten mit dem Antrittsfest und dem gesellschaftlichen Anlass zwei schöne Feiern. Viele sagen ja, das Präsidium sei die Krönung. Politisch finde ich das aber nicht, ich war gerne Fraktionspräsidentin. Jetzt geniesse ich aber die Zeit und finde, es ist ein guter Abschluss.

Gab es auch einen Tiefpunkt?

M: Der Tiefpunkt war am gleichen Tag, als es kurz vor Festbeginn aus allen Löchern hagelte. Zum Glück waren genug Helfende da, die alles wieder flott machten.

E: Nein, gar nicht.

Du bist ja schon sehr lange dabei und kennst den Kantonsrat bzw. Gemeinderat in- und auswendig. Hat dich dennoch etwas überrascht im Amt als Präsident:in?

E: Bei öffentlichen Anlässen überrascht mich immer wieder, wie wenig die Menschen wissen, was der Kantonsrat ist, und welche Stellung er im Kanton hat.

M: Wie effizient und zuverlässig die Parlamentsdienste arbeiten, das ist schon beeindruckend und ohne das würde wohl ein grosser Teil der parlamentarischen Demokratie nicht funktionieren.

■ Das Interview führte Selma L'Orange Seigo, Co-Präsidentin GRÜNE Kanton Zürich



Präsident des Zürcher Gemeinderates Matthias Probst und die Präsidentin des Zürcher Kantonsrates Esther Guyer.

EINE LEGISLATUR DER GRÜNEN

In der laufenden Legislatur 2019-2023 haben wir GRÜNE viel erreicht. Unser Regierungsrat Martin Neukom und Fraktionspräsident Thomas Forrer ziehen im Interview Bilanz.



Die Kantonsratsfraktion der GRÜNEN im Sommer 2022



Regierungsrat und Baudirektor
Martin Neukom

Seit 2019 haben die GRÜNEN einen Regierungsrat und das erst noch in der Baudirektion, die für Umwelt, Energie und Klima zuständig ist. Hat sich die politische Arbeit stark verändert?

M: Ja, sehr sogar. Wir konnten bei unseren Kernthemen wie Energie, Klima und Naturschutz endlich vorwärts machen und bereits vieles umsetzen. Das wäre in der alten Legislatur (2015-2019) undenkbar gewesen. Wichtig ist auch die gute Zusammenarbeit mit den neuen Mehrheiten im Parlament.

T: Zum ersten Mal in seiner Geschichte hat der Kantonsrat eine stabile Mehrheit für ökologische Anliegen. Die Medien sprechen von der «Klimaallianz» bestehend aus GRÜNEN, AL, SP, GLP und EVP. Für uns war der Wechsel aus der Opposition zur gestaltenden Kraft auch ein Lernprozess. Ich glaube, er ist uns gelungen, wenn man sieht, was wir alles durchgebracht haben. Es ist die erste klar Grüne Legislatur im Kanton Zürich.

Martin, wie war es für dich, als du deine Wunschdirektion übernehmen konntest?

M: Das war sehr spannend. Die Themenvielfalt in der Baudirektion ist enorm: Das fängt an bei der Raumplanung und geht über Archäologie, Naturschutz, Bau von Schulhäusern, Strassenunterhalt, Luftqualität bis zum Immobilienmanagement. Es gefällt mir sehr, mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zusammenzuarbeiten. Ich lerne jeden Tag dazu und es bereitet mir immer Freude, wenn die Projekte vorwärtskommen.

Sind wir nun also auf Kurs bezüglich Klimaschutz?

M: Natürlich nicht. Dafür reicht eine Amtszeit nicht aus. Wir haben aber viele wichtige Schritte gemacht. Das Ziel bei der Gebäudewärme ist Netto Null bis 2040 im ganzen Kanton. Dafür haben wir mit dem Energiegesetz die entscheidende Grundlage geschaffen. Und um den Prozess zusätzlich zu beschleunigen, haben wir Subventionen

für Wärmepumpen eingeführt.

T: Die 63 Prozent Ja-Stimmen fürs Energiegesetz im November 2021 waren politisch entscheidend. Sie haben gezeigt, welchen starken Rückhalt wir für unsere Klima- und Energiepolitik im Kanton Zürich haben. Die nächsten Bestätigungen kamen dann dieses Jahr: 67 Prozent für den Klimaschutz in der Verfassung und überwältigende 89 Prozent für die Kreislauf-Initiative der Jungen Grünen!

Und trotzdem braucht es mehr für einen wirksamen Klimaschutz?

T: Ja, klar. Jetzt müssen wir die Umsetzung vorantreiben. Wir stehen erst am Anfang und haben nicht mehr viel Zeit. Und dann ist da noch die heilige Kuh des Autoverkehrs. Es ist erschreckend, dass die Autos immer noch grösser werden und die CO₂-Emissionen auf der Strasse weiter gestiegen sind. Und E-Mobilität ist nur bedingt eine Lösung. Es braucht wirksame Anreize zum Umsteigen und kürzere Verkehrswege.

Martin, kannst du im Verkehr etwas bewirken?

M: Ja, aber es dauert lange. Wir sind daran, Projekte umzusetzen für durchgängige und sichere Velowege. Das ist eine wichtige Basis, damit das Velo attraktiver wird. Aber diese Projekte dauern einfach viele Jahre bis zur Fertigstellung.

Lohnt es sich denn in der Regierung zu sein? Schliesslich musst du ihre Politik mittragen, auch wenn sie dir nicht passt.

M: Es lohnt sich ganz sicher. So konnte ich beispielsweise erreichen, dass wir neue Standards für kantonale Bauten definiert haben. Neben dem Minergie-P-Eco-Label schauen wir künftig noch mehr auf die graue Energie, indem wir mehr mit Holz bauen. Gleiches gilt für die Beschaffung von Fahrzeugen. Wir stellen den Fahrzeugpark des Kantons auf CO₂-frei um, von Polizeifahrzeugen über Forstmaschinen bis hin zum Tiefbau.

Im Regierungsrat hast du mit sämtlichen Themen zu tun. Was kannst du da bewegen?

M: Wir diskutieren im Regierungsrat

verschiedenste Themen und Geschäfte und nehmen auch an den Anträgen der Direktionen Änderungen vor. Teilweise erreichen wir einen Konsens, manchmal einen Kompromiss und ab und zu stimmen wir ab. Natürlich bin ich auch öfters mal in der Minderheit, doch das ist normal in der Politik.

Thomas, müsst ihr jetzt Rücksicht nehmen auf euren Regierungsrat?

T: Es gab bis jetzt keinen Grund dazu! Martin bringt die Geschäfte zügig vorwärts. Zudem stehen wir von der Fraktion in regelmässigem Dialog mit ihm.

Was ist noch im Köcher?

M: Sehr viel. Die nächste grössere Gesetzesvorlage schafft Grundlagen im Planungs- und Baugesetz, damit die Gemeinden Hitzeinseln vermeiden können. Das geschieht mittels Begrünung, Entsiegelung und natürlich Bäumen. Weiter möchte ich bis Anfang 2023 die Baubewilligungen für Solaranlagen und Wärmepumpen vereinfachen.

T: Zusammen mit der Klimaallianz wollen wir erreichen, dass, wo sinnvoll, auf sämtlichen Dächern Solaranlagen für Strom oder Wärme installiert werden. Bei der Biodiversität gibt es in den Be-

reichen Gewässerschutz, Naturschutzgebiete und Pestizide sehr viel zu erledigen, und dann haben wir gerade ein ganzes Vorstoss-Paket zur Umsetzung der Kreislauf-Wirtschaft eingereicht.

Aber ihr macht ja nicht nur Klima- und Öko-Politik!

T: Genau. Wir konnten in dieser Legislatur wichtige Vorstösse für eine neue Krippenfinanzierung überweisen, an der Kanton und Gemeinden neu je 20 Prozent übernehmen sollten – da warten wir jetzt auf die Bildungsdirektion. Dann arbeiten wir an der kantonalen Umsetzung der Pflege-Initiative, und wir haben uns die Harmonisierung der Sozialhilfe zum Ziel gemacht. Wir wollen eine sogenannte Pool-Finanzierung, zu der alle Gemeinden im Verhältnis ihrer Einwohner:innenzahl beitragen. Davon sollen 50 Prozent der Sozialhilfe finanziert werden. Ebenso wollen wir fixe Beträge in der Asylfürsorge, denn diese variieren je nach Gemeinde zwischen 30 Prozent und 70 Prozent der SKOS-Richtlinien. Und vieles mehr – die Themen gehen uns sicher nicht aus!

■ Das Interview führte Steven Goldbach, Geschäftsführer GRÜNE Kanton Zürich

LEGISLATUR 2019-2023

DAS HABEN WIR UNTER ANDEREM ERREICHT

ENERGIEGESETZ	Öl- und Gas-Heizungen müssen am Ende der Lebensdauer durch klimafreundliche Wärmesysteme ersetzt werden. 63% der Bevölkerung haben im November 2021 diesem wichtigsten Schritt im Klimaschutz zugestimmt.	KLIMASCHUTZ IN DER VERFASSUNG	67% Ja-Stimmen für das Netto-Null Ziel in der Kantonsverfassung. Das ist eine wichtige Basis für künftigen Klimaschutz.
SUBVENTIONEN FÜR WÄRMEPUMPEN	Seit dem 1. Juli 2020 werden Wärmepumpen mit bis zu 10'000 Franken subventioniert. Das beschleunigt den Umstieg auf CO ₂ -freie Heizungen.	KREISLAUF-INITIATIVE	89% der Stimmbevölkerung wollen die Schliessung von Stoffkreisläufen in der Kantonsverfassung verankern.
DEAL MIT DER STADT ZÜRICH ZU DEN ZEUGHÄUSERN	Nachdem der Deal zur Abgabe der Zeughäuser an die Stadt Zürich in der letzten Legislatur an der damaligen bürgerlichen Mehrheit gescheitert ist, gelang die Neuauflage im neuen Kantonsrat schnell und problemlos. Das Areal soll ein lebendiger Begegnungsort für die Bevölkerung werden.	NEUES WASSERGESETZ	Mit dem Wassergesetz 2.0 geht es vorwärts bezüglich Gewässerökologie und Artenvielfalt.
MEHR GELD FÜR NATURSCHUTZ	Mit dem Gegenvorschlag zur Naturinitiative wird der jährliche Beitrag für den Naturschutz von 23 Mio. auf 40-60 Mio. Franken erhöht.	GESETZ ÜBER DIE NUTZUNG DES UNTERGRUNDES	Dank eines Antrags der GRÜNEN gilt neu ein Fracking-Verbot und das Vorsorgeprinzip für Projekte im Untergrund.
KANTONALES JAGDGESETZ	Jagdgesellschaften müssen jetzt aktiv für die Biodiversität sorgen.	FIL BLEU GLATT	Mit einem Rahmenkredit von 63 Mio. Franken revitalisieren wir 10 km der Glatt zwischen Dübendorf und Opfikon. Ein Projekt, welches Mensch und Natur zugute kommt.

«GERECHTIGKEITSINITIATIVE»

GERECHT FÜR WEN?

Steuerabzüge privilegieren Steuerpflichtige mit hohen und sehr hohen Einkommen und lindern die Not von Geringverdienenden nicht. Deshalb lehnen wir die sogenannte «Gerechtigkeitsinitiative» und den Gegenvorschlag ab.

Sehr hohe Einkommen werden privilegiert

Die Krankenkassenprämien sind in den vergangenen Jahren zwar stärker gestiegen als Löhne und Renten. Betroffen sind die unteren und mittleren Einkommen. Dafür braucht es Lösungen, aber keine nutzlosen Steuerabzüge. Die Steuerersparnisse für den Mittelstand wären gering. Der Median des steuerbaren Einkommens lag 2017 bei 52'000 Franken. Bei einem steuerbaren Einkommen für Alleinstehende von 80'000 Franken (entspricht einem Lohneinkommen von ca. 100'000 Franken) würde die Steuerrechnung 209 Franken tiefer ausfallen, mit dem Gegenvorschlag 62 Franken. Bei 120'000 Franken steuerbarem Einkommen wären es 229 Franken respektive homöopathische 69 Franken weniger.

Gegen die Prämienlast wirkungslos

Die Volksinitiative verursacht für Kanton und Gemeinden jährliche Steuerzufälle von je rund 150 Millionen, beim Gegenvorschlag je rund 45 Millionen.

Die Erhöhung dieses Steuerabzugs ist eine Verbilligung der Krankenkassenprämie für Gutverdienende und befördert eine Umverteilung von der Mitte nach oben.

Die GRÜNEN sehen weder in der Initiative noch im Gegenvorschlag einen Weg, die Prämienlast sozialverträglich zu lindern und empfehlen deshalb, beide Vorlagen abzulehnen.

■ Jasmin Pokerschnig, Kantonsrätin

UNSERE DÖRFER WERDEN BESTIMMT

NIE WIEDER DIE GLEICHEN SEIN

Nun ist das Unvorstellbare bei uns im Zürcher Unterland eingetroffen. Die Nagra schlägt das Gebiet Nördlich Lägern als Standort des Tiefenlagers für hochradioaktive Abfälle vor. Konkret auf der Wiese Haberstal bei Windlach, wo ich wohne. Meine Nachbarschaft ist auserwählt, um die radioaktiven Abfälle der Schweiz zu lagern. Gefragt wurden wir nicht. Ob es sicher ist, wissen wir nicht. Die vielen Kehrtwenden lassen uns zweifeln.

ENSI-Prüfung reicht nicht aus

Wie sollen wir GRÜNE im Kanton Zürich die Menschen und den Prozess begleiten? Unsere Forderung muss stets laut und konsequent sein: Zuerst findet eine unabhängige Überprüfung der Forschungsergebnisse statt. Denn die Prüfung durch das ENSI, wie sie im Sachplan des Bundes vorgesehen ist, genügt nicht. Das bestätigte auch das Bundesgericht in einem Urteil vom April 2021. Es hielt fest, dass die Atomaufsicht ENSI ihre Aufgabe zur Gewährleistung der nuklearen Sicherheit «ungenügend wahrgenommen»

hatte. Darüber hinaus müssen wir darauf bestehen, dass die Abfälle erst eingelagert werden, wenn alle Kernkraftwerke abgeschaltet sind. Der Slogan «Atomkraft, nein danke» gilt auch heute noch.

Für die Lebensqualität in der betroffenen Region einsetzen

Während der Planungs- und Bauphase müssen wir GRÜNE uns für die Lebensqualität in der Region einsetzen. Die Bohrungen, Bauarbeiten und Ausbustransporte sollen so ausgeführt werden, dass Mensch und Umwelt so wenig Emissionen wie möglich ausgesetzt sind. Und nicht zuletzt muss die Frage der Kompensation rasch, transparent und gerecht geregelt werden, damit keine Härtefälle entstehen. Die lokale Bevölkerung und unsere Gemeinden sind verunsichert und brauchen im Moment und in Zukunft Solidarität und Begleitung. Wir alle zusammen in diesem Land und in unserem Kanton tragen die riesengrosse Verantwortung für die kommenden Generationen!

■ Wilma Willi, Kantonsrätin



40 JAHRE

GRÜNE GLATTFELDEN

Am 6. Mai 1982 wurde in der Stube des späteren Kantons- und Nationalrats Hans Meier die Grüne Partei Glattfelden als vierte Ortsgruppe im Kanton gegründet. Die Themen, mit denen sich die Partei in ihren Anfangsjahren auseinandersetzte – Nagra-Bohrung Weiach, keine neuen AKWs, Alternativ-Energien, Rheinübergang Eglisau, Geschwindigkeitsbeschränkungen und unsere Bahnhöfe – haben bis heute nicht an Aktualität verloren.

Am 9. Juli haben wir nun unser 40-jähriges Jubiläum festlich mit Apéro, Ansprachen, Festwirtschaft und Führungen durch das Strommuseum und das Naturschutzprojekt Wässerwiesen begangen. Mit uns gefeiert haben Bevölkerung und Gemeindepräsident, sämtliche Ortsparteipräsident:innen seit der Gründung, Vertreter:innen der Bezirksparteien Bülach und Dielsdorf sowie der Präsident der GRÜNEN Schweiz Balthasar Glättli.

Glattfelden liegt in einer idyllischen Landschaft mit zahlreichen Naturschutzgebieten. Aktuell plagen uns aber viele Probleme wie ein strukturelles Defizit und grosser Investitionsbedarf, rekordhohe Strompreise und Steuern, Fluglärm, Kiesgruben, Postschliessung und immer weniger Einkaufsmöglichkeiten sowie nicht zuletzt die geplante Atomendlagerung direkt unter unseren Häusern und Wohnungen. Die Themen werden uns also auch in den kommenden 40 Jahren nicht ausgehen.

■ **Catrina Angele, GRÜNE Glattfelden**



RADIOAKTIVE STRAHLUNG

IST NICHT HARMLOS

AKW und Tiefenlagerstandorte sind nukleare Anlagen und ein Grenzwert verpflichtet den Betreiber, die Emission von Nukliden einzuschränken. Was geschieht beim Menschen, wenn Spuren von Radioaktivität in die Umwelt gelangen?

Als Mitte des 20. Jahrhunderts Schwangerschaften mit Röntgenstrahlen untersucht wurden, ahnten viele nicht, dass die Kinder später öfters an Krebs erkrankten. Erst eine epidemiologische Studie belegte die Folgen Jahre nach der Geburt (Alice Stewart, 1956). Danach wurde das Röntgen an Schwangeren verboten.

Mit dem ersten Atombombentest im Juli 1945 jagte eine Staubsäule Tonnen an radioaktivem Staub in die Atmosphäre. In den folgenden Jahren folgten Tausende oberirdische Tests, deren Fallout sich über die ganze Welt verteilte. Selbst heute ist nebst dem Fallout von Tschernobyl auch diese Radioaktivität Teil unserer täglichen Strahlendosis. Gemäss BAG sei dies jedoch vernachlässigbar. Das täuscht. Selbst wenn die Strahlenbelastung von Tschernobyl 0,5 mSv pro Einwohner in zwanzig Jahren ist, sind dadurch 200 zusätzliche Krebsfälle in der Schweiz zu erwarten.

Von den Atombombeneinsätzen in Hiroshima und Nagasaki ist bekannt, dass hohe Strahlendosen Leben sofort zerstört und zu einem leidvollen Tod führt. Je schwächer die Dosis wird, desto später sind die Langzeitfolgen wie Krebs, Kreislaufprobleme usw. Auch sehr niedrige Dosen an radioaktiver/ionisierender Strahlung haben einen Einfluss. Seit längerem ist in der Wissenschaft belegt, dass Niedrigstrahlung das Geschlechterverhältnis bei Geburten beeinflusst. So kommen bei niedrigsten Dosen weniger Mädchen zur Welt. Das Geschlechterverhältnis bei Geburt wird dann grösser als 1, denn die Anzahl der Mädchen Geburten bildet die Basis zur Zahl der Knabengeburt. Je höher der Wert über 1 liegt, desto grösser ist der Knabenüberschuss in einem Jahr-

gang. Nach dem Atombombeneinsatz in Japan kamen in der Umgebung der beiden Städte Hiroshima und Nagasaki über zwei Prozent mehr Knaben zur Welt. Nach Tschernobyl waren es über Jahrzehnte 1 Prozentpunkt mehr Knaben in ganz Europa. Diese Werte sind zwar gering. Eine Fallstudie aus der Nordschweiz zeigt ähnliches.

Ein Strahlenunfall 2010 im Kernkraftwerk Leibstadt (KKL) wurde zum Anlass genommen, die Situation anzusehen. Eine Studie schliesst knapp 1'000 Lebendgeburten im Zeitraum von 9 Jahren vor und nach dem Unglück in fünf Gemeinden ein, die innerhalb von 5 km Distanz zum KKL liegen. Ihre Gemeindegeregister weisen ab 2011 (gegenüber der Vorperiode) zirka 50 Prozent mehr Knaben- als Mädchengeburten aus. In der Ortschaft Leuggern, die genau zwischen Leibstadt und Beznau liegt, fand sich sogar ein Geburtsverhältnis von zwei Knaben auf ein Mädchen (Hagen Scherb, 2020).

Inzwischen wird dieses veränderte Geschlechterverhältnis bereits bei Atommülldeponien in Deutschland und Frankreich beobachtet, was auf eine gemeinsame Ursache hinweist. Ionisierende Strahlung bietet sich als Erklärung an. Als Quelle wird die dicht ionisierende Strahlung aus den Transportbehältern vermutet.

Die Auswirkungen der Strahlung sollten mit weiteren Studien genauer erforscht werden. Wirtschaft und Energielobby stemmen sich mit aller Kraft dagegen. Wir brauchen fundierte Erkenntnisse, um die Folgen zu verstehen und zu verhindern.

■ **Thomas Feer, Präsident GRÜNE Weinland**

DAS TEAM

IN DER GESCHÄFTSSTELLE

Wir sind vier von sieben Gesichtern hinter den Emails, den Mitgliederbriefen, den Social Media-Posts und Newslettern. Hier ein paar kleine Insights von uns aus dem Seki – wir sind gespannt, ob ihr rausfindet, von wem welche Antwort ist.



V.l.n.r.: Margrit Tountova, Tara Welschinger, Elena Michel, Michelle Huber.

Wenn du eine Blume/ein Baum wärst – wie würdest du aussehen und was würde dich auszeichnen?

- 1: Apfelbaum. Apfelbäume machen leckere Früchte und lösen bei mir keinen Heuschnupfen aus.
- 2: Schneeglöckchen, weil ich es mit dem Frühlingsanfang und wärmeren Tagen assoziiere.
- 3: Sonnenblume, keine Frage.
- 4: Malve, weil sie überall wächst und resilient ist.

Wie würde dich deine beste Freundin/ dein bester Freund beschreiben?

- 1: Als enthusiastisch, emphatisch und (über-)engagiert.
- 2: Als begeisterungsfähig, einfühlsam und fröhlich.
- 3: Emphatisch, fröhlich, reflektiert, ein Goldschatz.
- 4: Macherin, begeisterungsfähig, hilfsbereit und happy.

Was ist politisch dein Herzens-Thema?

- 1: Klima- und Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit und Inklusion, insbesondere die Gleichstellung von Frauen, queeren Menschen und Menschen mit Behinderungen.
- 2: Die Erhöhung von sozialer (Chancen-)Gerechtigkeit und tatsächlicher Gleichstellung. Das Wohlbefinden der Menschen muss endlich Vorrang vor der Profitlogik haben.

- 3: Klima, Gleichstellung und Europa
- 4: Ernährung, Gleichstellung & Mobilität.

Was war dein politisches Low-Light in deinem Leben?

- 1: Sowohl die Annahme der Minarett-Initiative als auch das Scheitern des CO₂-Gesetzes.
- 2: Das Scheitern der Konzernverantwortungsinitiative am Ständemehr.
- 3: Knappe Ablehnung der Konzernverantwortungsinitiative und Ablehnung des CO₂-Gesetzes.
- 4: Die Annahme der Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung».

Was schätzt du am meisten in der Geschäftsstelle der GRÜNEN Stadt Zürich?

- 1: Das wundervolle Team, das sich immer gegenseitig unterstützt und von dem ich viel lerne, und der Kontakt mit den Mitgliedern und Politiker:innen, die vorbeikommen.
- 2: Die gegenseitige Wertschätzung in der Geschäftsstelle. Die Begegnung mit engagierten Menschen ist stets eine grosse Bereicherung!
- 3: Das Team <3
- 4: Die wertschätzende Zusammenarbeit, das vielseitige Fachwissen sowie das tägliche zusammen Lachen.

■ Tara Welschinger, Geschäftsführerin

NEU IM

GEMEINDERAT

Martin Busekros ist neben seinem Studium seit Anfang Mai Mitglied der Fraktion im Gemeinderat. Sein politischer Wahlkreis ist der Zürcher Kreis 10. Drei Fragen an den Gemeinderat.

Wie war der Start in dein neues Amt?

Der Start verlief gut. Natürlich war vieles neu, aber ich bin es gewohnt, mich an neue Situationen anzupassen und das nötige Know-how zu erlernen.

Was gefällt dir am meisten im Gemeinderat?

Am meisten freue ich mich über die vielen Gespräche mit anderen politisch interessierten Personen. Ebenso genieße ich die Vielfalt der Themen: dadurch erhalte ich Einblicke in mir bisher fremde Bereiche.

Konntest du schon Vorstösse einreichen?

Ich habe zwei Vorstösse zu Verkehrsthemen eingereicht, aber mittelfristig möchte ich mich verstärkt damit auseinandersetzen, wie wir in der Wohnpolitik signifikanten Fortschritt machen können.

■ Martin Busekros, Gemeinderat



HARTE LANDUNG FÜR FLUGSHOWS

Ein historischer Sieg der GRÜNEN: Am 31. August 2022 hat der Zürcher Gemeinderat auf Antrag der GRÜNEN beschlossen, am Zürichfäscht auf Shows mit Flugzeugen zu verzichten.

Flugshows verherrlichen das Fliegen. Der Flugverkehr ist weltweit für einen hohen Ausstoss an Treibhausgasen verantwortlich. Gemäss den aktuellen Zahlen produziert der Flugverkehr jährlich ca. eine Milliarde Tonnen CO₂-Äquivalente. Richten wir den Fokus auf die Stadt Zürich: Der Anteil des Flugverkehrs an den indirekten CO₂-Emissionen der Stadt beträgt 14 Prozent, in absoluten Zahlen bedeutet das: 1,4 Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr gehen auf die Fliegerei zurück. Die

Stadt Zürich hat sich zum Ziel gesetzt, die indirekten Treibhausgasemissionen bis 2040 um 30 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren – mit entsprechendem Absenkpfad in den nächsten Jahren. Zur Zielerreichung muss auch der Flugverkehr beitragen. Für diese Botschaft wollen wir GRÜNE am Zürichfäscht ein Zeichen setzen.

Es kommt dazu: Der Flugverkehr belastet das Klima noch auf andere Art und Weise. Forschende der ETHZ haben neulich nachgewiesen, dass die Nicht-CO₂-Effekte der Fliegerei noch klimaschädlicher sind als der CO₂-Ausstoss. Die Kondensstreifen – für viele Menschen ein schönes Fotomotiv – können das Klima global um 0,4 Grad bis Ende

dieses Jahrhunderts erwärmen. Das ist sehr viel, wenn man bedenkt, dass das Pariser Abkommen die Klimaerwärmung auf 1,5 Grad begrenzen will.

Neulich sagte mir eine geflüchtete Ukrainerin, warum sie gegen Flugshows sei: Sie werde so an den Krieg in ihrer Heimat erinnert.

Mit diesen guten Argumenten haben die GRÜNEN die Mehrheit der Mitglieder des Zürcher Gemeinderats überzeugt. Damit setzt die Stadt Zürich ein Zeichen zum Schutz des Klimas und für den Frieden auf unserem Planeten.

■ Balz Bürgisser, Gemeinderat

ABSTIMMUNG VOM 27. NOVEMBER 2022 RAHMENKREDIT THERMISCHE NETZE

Am 27. November stimmt die Stadt Zürich über die Erweiterung der Energieverbunde für Wärme und Kälte des ewz ab. Es geht um einen Rahmenkredit in der Höhe von 573 Millionen Franken für sechs Projekte.

Zu den dringlichsten und wirkungsvollsten Vorhaben auf dem Weg zum klimapolitischen Netto-Null-Ziel gehört der Ersatz fossil betriebener Heizungen, die auf Stadtgebiet rund 50 Prozent der direkten CO₂-Emissionen verursachen. Dafür brauchen wir unter anderem einen Ausbau der thermischen Netze. Ziel ist es, rund 60 Prozent des Zürcher Stadtgebiets mit thermischen Netzen zu versorgen, überall da, wo eine lokale Wärmequelle vorhanden ist und es genügend dicht bebaut ist. Bei diesem Rahmenkredit geht es um Wärmeverbände, die in den Quartieren Albisrieden, Altstetten, Aussersihl, City, Enge und Höngg gebaut werden sollen. Es ist eine grosse Summe, der Bau der langen Leitungen und der Energiezentralen ist aufwändig. Diese heizen danach aber während



ca. 40 Jahren unsere Häuser und in dieser Zeit wird der Kredit dann auch wieder abgebaut mit dem Erlös für die verkaufte Wärme. Dass wir mit lokaler Energie zum Beispiel aus dem Zürichsee bei den Netzen City und Enge oder aus gereinigtem Abwasser wie beim Verbund Altstetten heizen, macht Sinn, das zeigt sich in der aktuellen Zeit ganz besonders. Dieses Projekt hat nur Vorteile, ausgenommen die grossen Baustellen, die das unweigerlich mit

sich bringt. Es wird jedoch gestaffelt und wo möglich kombiniert mit anderen Strassenbauprojekten über einen Zeitraum von etwa 20 Jahren hinweg gebaut werden. Wir GRÜNE unterstützen diesen Rahmenkredit für thermische Netze des ewz, denn wir brauchen neue Energiequellen zum Heizen, damit wir das Netto-Null-Ziel erreichen.

■ Sibylle Kauer, Gemeinderätin

HITZE UND TROCKENHEIT

WIE WIDERSTANDSFÄHIG IST DIE LANDWIRTSCHAFT?



Die Auswirkungen der Klimakrise sind in der Schweizer Landwirtschaft sehr stark spürbar. Global wie national steht eine Transformation des aktuell nicht widerstandsfähigen Landwirtschafts- und Ernährungssystems bevor. Dass die Schweizer Landwirtschaft verletzlich ist, zeigen die Extremereignisse, wie wir sie auch in diesem Jahr erleben. Die erste Hitzeperiode kam bereits im Juni. Darauf folgender, heftiger Niederschlag sowie Hagel richteten grosse Schäden in Freilandkulturen an. Die zweite und dritte Welle mit Hitze und Trockenheit führten uns schmerzlich vor Augen, dass die Wasserressourcen auch in der Schweiz knapp werden.

Zu frühe Blüte, zu kurze Wachstumsphase

Pflanzen beginnen früher auszutreiben, weil der Winter milder und die Temperaturen im Frühjahr oft schon hoch sind. Damit steigt die Gefahr, dass Spätfröste im April oder Mai alles zunichtemachen. Ausserdem führen steigende Temperaturen nach Experten zu einer geringeren Produktivität wichtiger Nutzpflanzen. Bei vielen Getreidearten führt das beschleunigte Durchlaufen der Wachstumszeit zu

einer Verminderung der Erträge, da die Kornfüllungsphase verkürzt wird. Mit den steigenden Temperaturen reduziert sich auch der Gehalt von Eiweissen und Spurenelementen in Getreide, Kartoffeln und Sojabohnen.

Probleme für Insekten und Nutztiere

Blühen die Pflanzen immer früher, kann das bedeuten, dass die Bestäuberinsekten noch gar nicht bereit sind. Denn Bienen und Hummeln entwickeln sich im Frühjahr nur langsam zu starken Völkern, die dann von Blüte zu Blüte fliegen. Auch in der Nutztierhaltung sind die Konsequenzen des Klimawandels spürbar. Wie den Menschen machen heisse Tage und Nächte auch Tieren zu schaffen. Vor allem Milchkühe geben schon bei geringem Hitzestress weniger Milch und deren Qualität verändert sich. Schweine reagieren mit einer reduzierten Futteraufnahme und einem entsprechend geringeren Wachstum.

Unterschätzte Komplexität

Die Extremwetterereignisse mehren sich in rasantem Tempo und verlangen

eine schnelle Reaktion. In der Landwirtschaft sind kurzfristige Veränderungen aber schwierig. Neue Betriebsstrategien müssen entwickelt werden. Ihre Etablierung braucht jedoch Zeit.

Grosser Handlungsbedarf für Branchen und Politik

Wetterkapriolen haben die Ernten auch in früheren Jahrzehnten stark beeinflusst und wenn Schäden eintrafen, konnte sich der Bauer an die Hoffnung klammern, dass die nächste Saison besser wird. Um den Auswirkungen des Klimawandels zu begegnen, hat das Prinzip Hoffnung aber ausgedient. Um künftig bestehen zu können, muss sich die Landwirtschaft unverzüglich anpassen und ihre Widerstandsfähigkeit erhöhen. Mögliche Massnahmen für Landwirte hat der Kanton Zürich 2018 im Themenblatt Landwirtschaft aufgelistet, aber es braucht noch viel grössere Anstrengungen, damit die Lösungsansätze auch umgesetzt werden.

■ Ralf Hablützel, Biobauer Dättlikon, Kantonsratskandidat 2023 Winterthur Land

PLATZ FÜR EINE LEBENSWERTE STADT

In der Stadt Zürich gibt es laut der IG Plakat | Raum | Gesellschaft 8'100 Plakatstellen. 1800 davon stehen auf öffentlichem Grund. Das sind mehr als genug. Um einen Ausbau dieser Flächen aufzuhalten, haben GRÜNE, SP und AL im Gemeinderat einen expliziten Ausbaustopp von Reklameflächen auf öffentlichem Grund gefordert. Insbesondere sollen keine neuen digitalen Werbescreens oder Leuchtdreh-säulen mehr entstehen. Das Postulat wurde am 7. September 2022 mit einer knappen Mehrheit dem Stadtrat überwiesen.

Durch den Ausbaustopp wird es nicht weniger, aber auch nicht noch mehr Werbeflächen geben. So kann der Kommerzialisierung des öffentlichen

Raums entgegengewirkt und die Aufenthaltsqualität gesteigert werden. Der Ausbaustopp ist ebenfalls wichtig für die Erreichung des Netto-Null-Ziels und die 2000-Watt-Gesellschaft. Weiter geht es aktuell ohnehin darum, Strom zu sparen. Menschen machen sich Sorgen um ihre Sicherheit, weil sie befürchten, dass die Strassenbeleuchtung reduziert oder ganz ausgeschaltet wird. Da sind digitale Werbescreens mehr als unangebracht.

Es geht aber auch um die Frage, was für eine Stadt wir uns wünschen. Wir möchten nicht alles mit Werbeflächen und blinkenden Screens zugewäl-



tert haben. Wir wünschen uns eine Stadt, in der es nicht nur um Konsum und Kommerz geht, die schonend mit Ressourcen umgeht, in der es Platz für Freiräume, unkommerzielle Räume, Grünraum, Menschen und Begegnungen hat.

■ Anna-Béatrice Schmalz,
Gemeinderätin Stadt Zürich

EXKURS: WIE DIE USA BEINAHE EIN BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN EINFÜHRTEN

Es klingt aus heutiger Sicht fast unglaublich, dass ausgerechnet die Vereinigten Staaten vor fünfzig Jahren näher daran waren, ein umfassendes Grundeinkommen einzuführen, als wahrscheinlich je wieder ein Land danach. Und dies geschah nicht unter einem Sozialdemokraten, sondern unter Richard Nixon, dem bekennenden Republikaner und Vertreter des freien Marktes.

Es war 1969, als der damals amtierende Präsident jeder Familie mit mindestens zwei Kindern 1'600 Dollar Jahreseinkommen garantieren wollte. Ein Betrag, der heute über 10'000 Dollar entspräche. Die einzige Bedingung war, sich als arbeitssuchend registrieren zu lassen. Auch diesen Punkt des «Family Assistance Plan FAP» nahm Nixon erst unter grossem Druck von seinen Beratern auf, die meinten, ein

Grundeinkommen würde die Armen zu noch grösserer Faulheit verleiten. Doch wieso kam es nicht dazu? Wieso ging Nixon nicht als der Präsident in die Geschichte ein, der den Sozialstaat in einem der einflussreichsten Länder und somit auch weltweit grundlegend verändert hat? So unvorstellbar uns das ganze Szenario heutzutage vorkommt, so bekannt kommen uns die Gründe für dessen Scheitern vor. Wäre das FAP ein linker Vorstoss gewesen, wäre es von den Demokraten als eine der grössten Errungenschaften des 20. Jahrhunderts gefeiert worden. Doch so sahen die Demokraten vor allem eine Möglichkeit, sich auf nationaler Bühne zu profilieren, indem sie gegen den von links verhassten Präsidenten und seine Idee wetteten. Fakten wurden absichtlich falsch dargestellt oder Kritiker:innen stützten sich auf Daten, die sich im Nachhinein als falsch her-

ausstellten. So beruhte die beobachtete erhöhte Scheidungsrate in einem der grössten Pilotprogrammen zum Grundeinkommen auf einem Rechenfehler. Der weltweit bekannte und zu einem vernichtenden Urteil kommende Bericht zum Speenhamland-System – ein kurzfristig im frühen 19. Jahrhundert eingeführtes System in England, das einem Grundeinkommen sehr ähnlich war – war zum grössten Teil bereits vor der Erfassung der Daten verfasst worden.

So überstand Nixons FAP zwar das Repräsentantenhaus, aber scheiterte im Senat. Uns bleibt heute nur noch die Frage, was gewesen wäre, wenn die grösste Volkswirtschaft der Welt vor fünfzig Jahren das Grundeinkommen eingeführt hätte?

■ Anna Simona Rieder, Vorstand Junge Grüne Zürich

GRÜNE

TERMINE

GRÜNE KANTON ZÜRICH

31. Oktober 2022, 19:30 Uhr

Mitgliederversammlung

Ort: Volkshaus Zürich (Blauer Saal),
Stauffacherstrasse 60, 8004 Zürich.

21. November 2022, 19:30 Uhr

Nominationsversammlung

Ständeratswahlen 2023

Ort wird noch bekannt gegeben.

GRÜNE STADT ZÜRICH

9. November 2022

**Films for Future : Grüne Fonds – die
grosse Illusion**

Anschliessend Podiumsgespräch mit Si-
mon Meyer, Co-Präsidium GRÜNE Kan-
ton Zürich, zur Klimafonds-Initiative,
Ort wird noch bekannt gegeben.

15. November 2022

Salon Vert

Ort wird noch bekannt gegeben.

7. Dezember 2022, 20:00 Uhr

Plappéro

Geniess deinen Feierabend mit den
GRÜNEN. Ort: Venus Bistro, Franklin-
strasse 9, Zürich.

11. Dezember 2022

**Silvesterlauf mit dem Team der
GRÜNEN**

Ort wird noch bekannt gegeben.

6. Januar 2023

Dreikönigs-Apéro

Ort wird noch bekannt gegeben.

GRÜNE WINTERTHUR

26. Oktober 2022, 19:30 Uhr

Mitgliederversammlung

Ort: Kirchgemeindehaus,
Liebestrasse 3, 8400 Winterthur.

GRÜNE DÜBENDORF

3. November 2022, 19:00 Uhr

Grüner Stammtisch

Ort: Tres Amigos (Hochbord).

3. Dezember 2022, 13:00 - 19:00 Uhr

**Einhorn-Guezli verzieren am Chlaus-
märt Dübendorf**

Ort: Stadtzentrum.

7. Dezember 2022, 19:15 Uhr

Grüner Stammtisch

Ort: La Bodega de Pepe (Wil).

GRÜNE DIETIKON

26. November 2022, 10:00 - 20:00 Uhr

**Grüner Ustertag : «Geld und
Klimakrise»**

Ort: Weihnachtsmarkt Dietikon; Ver-
kauf eines Bijous und Ausschank von
Grünapfelpunsch. Der Erlös geht an
Médecins sans Frontières.

GRÜNE BEZIRK HORGEN

23. November 2022, 19:30 Uhr

Energie- und Klimakrise

Ort: Hotel Sedartis, Thalwil; Referat
von Regierungsrat Martin Neukom mit
anschliessendem Apéro.

GRÜNE USTER

19. November 2022, 19:00 Uhr

**Grüner Ustertag : «Geld und
Klimakrise»**

Ort: Gemeinderatssaal, Bahnhofstras-
se 17, 8610 Uster; Referat und Podi-
umsdiskussion mit: Gerhard Andrey,
Nationalrat GRÜNE; Peter Haberstich,
Greenpeace Schweiz, Finanzexperte;
Reto Gerber, Alternative Bank Schweiz,
Leiter Anlageberatung; Sandra Berber-
rat Kecerski, ZKB, Bankrätin.

GRÜNE BEZIRK DIELSDORF

**5. Oktober 2022, 2. November 2022
und 7. Dezember 2022**

Treffen GRÜNE Wehntal

Ort: Sitzungszimmer vom Feuerwehr-
gebäude, im Mitteldorf 2 in Niederwe-
ningen.

JUNGE GRÜNE

11. November 2022

Mitgliederversammlung

Ort wird noch bekannt gegeben.

ALLE VERANSTALTUNGEN

[> gruene-zh.ch/veranstaltungen](https://gruene-zh.ch/veranstaltungen)

